

Botschaften der Hoffnung

Nach zweieinhalb Jahren Bürgerkrieg mussten im Südsudan, der vor fünf Jahren unabhängig wurde, 2,3 Millionen Menschen ihre Heimatorte verlassen. So auch Mary Moses. Sie rettete sich mit sieben Kindern in ein Lager, ihr Mann blieb im Norden zurück. Ihre Hoffnung: „Frieden wird uns unser Zuhause zurückgeben.“



Analyse

Asiens Goliath

Warum China im Inselstreit verlieren, am Ende aber gewinnen wird

Am Dienstag wird der Ständige Schiedshof in Den Haag ein mit Spannung erwartetes Urteil fällen: Wem gehören die Inseln im Südchinesischen Meer, um die sich China, die Philippinen und andere Staaten streiten? Für ein Verfahren, an dem es gar nicht teilnahm und das es auch nicht anerkennt, hat sich Peking auf dessen Ausgang sehr gut vorbereitet. Chinas Führung hat Diplomaten um die Welt geschickt, um die Ansicht zu verbreiten, wonach nicht nur die Inseln, sondern fast das ganze Südchinesische Meer Peking gehöre. Sie hat befreundete Regierungen gedrängt, ihre Position zu unterstützen, die Staatspresse drohte diese Woche sogar mit einer „militärischen Konfrontation“. Bislang ist das Ergebnis aus chinesischer Sicht enttäuschend. Nur wenige Staaten haben sich öffentlich zu China bekannt, darunter der Sudan, Niger, Kenia und Lesotho. Pekings historisches Argument, das Seegebiet sei seit der „Antike“ chinesisch, ist rechtlich

schwer durchzusetzen. Dass China die Spratly- und Paracel-Inseln zu Militärbasen ausbaut, verschreckt selbst Freunde. Kaum jemand erwartet, dass im Sinne Chinas entschieden wird. Peking will über territoriale Fragen mit einzelnen Staaten sprechen und nicht vor internationalen Instanzen: Wenn es nur einem seiner Nachbarn gegenübersteht, ist China der stärkere Verhandlungspartner. Das ist zwar völkerrechtlich fragwürdig, aber Realität. China ist Asiens Goliath, auf dessen guten Willen seine Nachbarn politisch wie wirtschaftlich angewiesen sind. Die Philippinen, die sich vor dreieinhalb Jahren an den Schiedshof wandten, deuten nun an, dass sie sich dieser Realität beugen werden. Er wolle freundliche Beziehungen mit China, sagt der neue Präsident Rodrigo Duterte, er könne sich vorstellen, direkten Gesprächen zuzustimmen. Der Schiedshof mag gegen China entscheiden, doch China wird gewinnen.

Bernhard Zand

Afghanistan Taliban auf Reisen

Bei den in die Sackgasse geratenen Friedensverhandlungen mit den Taliban gibt es Hoffnung auf eine Wendung. Eine hochrangige Delegation von Taliban-Führern folgt in diesen Tagen einer offiziellen Einladung der chinesischen Regierung, die unerwartet die Initiative im stockenden Friedensprozess ergriffen hat. Peking erwartet auch den Taliban-Unterhändler Tayyeb Agha, einen engen Vertrauten des früheren Taliban-Chefs Mullah Omar. Chinesen und Islamisten wollen beraten, ob und unter welchen Umständen die Gespräche mit der afghanischen Regierung wiederbelebt werden können. Zuletzt weigerten sich sowohl Präsident Ashraf Ghani wie auch die Taliban, die Treffen fortzusetzen. Denn trotz des öffentlich bekundeten Friedenswillens hatten die Extremisten in den vergangenen Monaten verheerende Attentate verübt, denen Hunderte Menschen zum Opfer fielen. Der neue Taliban-Führer Mullah Akhtar Mansoor versuchte, mit einer brutalen Frühjahrs-offensive seine Position zu festigen. Am 21. Mai wurde Mansoor selbst von einer



Taliban-Kämpfer

ALLAUDDIN KHAN / AP

US-Drohne getötet. Vor Kurzem meldete sich nun die neue Nummer zwei der Taliban, Siraj Haqqani, zu Wort. Im Interview mit dem online erscheinenden Taliban-Magazin „Al Somood“ wendet sich Haqqani an die „Weltgemeinschaft“, die künftig den Friedensprozess absichern solle. Gemeint sind

die Vereinten Nationen. Die Taliban seien zum Friedensschluss bereit, ließen „ihre Moral“ jedoch nicht durch Drohnen untergraben oder sich von der afghanischen „Marionettenregierung“ zum Einlenken bewegen; einziger akzeptabler Verhandlungspartner seien für sie die Vereinigten Staaten. suk

Wahlen „Österreich ist nicht Nordkorea“

Der deutsche Chef des OSZE-Büros für Menschenrechte, **Michael Georg Link**, 53, über den plötzlichen Auftrag aus Wien

SPIEGEL: Die vom FPÖ-Mann Norbert Hofer angefochtene und vom österreichischen Verfassungsgericht wegen Schlampereien annullierte Wahl soll wiederholt werden – unter Aufsicht der OSZE. Waren Sie darauf vorbereitet?

Link: Die beanstandete Wahl haben wir nicht beobachtet. Wir hatten keinerlei Hinweise auf Probleme und wa-

ren alle überrascht. Zu der Wiederholung im Oktober haben wir am Donnerstagmorgen eine Einladung erhalten. Eine Vorabmission werden wir wohl schon nächste Woche entsenden. Die Experten überlegen sich dann Maßnahmen für die Wahl.

SPIEGEL: Was kommt da auf die Österreicher zu?

Link: In die Ukraine haben wir nach den Maidan-Unruhen 2014 rund 1200 Beobachter entsandt und sind selbst in die entlegensten Winkel gegangen. In Österreich werden wir wohl mit weniger als einem Dutzend Experten auskommen.

SPIEGEL: Wählen gehen unter Aufsicht der OSZE – steht

Österreich jetzt auf einer Stufe mit Haiti oder der Zentralafrikanischen Republik?

Link: Nein, Österreich ist nicht Nordkorea, sondern ein funktionierender Rechtsstaat.



Hofer

EIBNEE EUROPA / IMAGO

Und es ist keine Schande, unter Beobachtung zu stehen. Im Gegenteil: Die OSZE-Staaten sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

SPIEGEL: Wie wäre es mit einer Fortbildung für die österreichischen Wahlhelfer?

Link: Schulungen gehören zu unseren Empfehlungen, aber lassen Sie uns den Bericht der Vorabmission abwarten.

SPIEGEL: Was wird die größere Herausforderung in diesem Jahr? Die Parlamentswahl in Russland, die US-Wahl oder die in Österreich?

Link: Wir nehmen jede Wahl gleich ernst. Nach Amerika werden wir 500 Leute schicken. Bei Russland überlegen wir noch. db